

Unsere Ziele für den Landkreis Lüneburg 2016 - 2021

FDP-Kreisverband Lüneburg

Wahlprogramm des FDP-Kreisverbandes Lüneburg
zur Kommunalwahl 2016

Inhaltsverzeichnis

Leitbild	2
Bildungsort Kommune	3
Integration von Flüchtlingen	4
Effiziente und leistungsfähige Kommunalverwaltung	5
Wirtschaft, Infrastruktur, Energie	6
Stärkung des ländlichen Raumes.....	7
Siedlungsentwicklung und Umweltschutz	8
Gesundheit und Soziales	8
Förderung von Sport und Ehrenamt.....	9
Kultur	10

Leitbild

Liberales Politik orientiert sich am Leitbild des „mündigen Bürgers“, der Verantwortung für sich und andere übernimmt. Liberale stellen den Wert der individuellen Freiheit in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit. Freiheit heißt Wahrnehmung von Rechten und Pflichten und bedeutet nicht Beliebigkeit. „Verantwortung ist die Moral der Freiheit“ (Hans-Dietrich Genscher).

Die FDP setzt auch in der Kommunalpolitik auf Vernunft und Sachargumente. Angesichts der aktuellen Herausforderungen durch politischen Populismus und Extremismus ist eine Politik der vernünftigen und aufgeklärten Mitte dringend notwendig.

Liberales Kommunalpolitik will privates Engagement und die Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger fördern. Die ehrenamtliche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern hat daher wegen ihrer positiven Wirkungen für das Gemeinwohl besondere öffentliche Anerkennung verdient.

Die FDP fordert die Regelung weiterer Anhörungsrechte im Kommunalverfassungsrecht mit dem Ziel, dass Bürgerinnen und Bürger bei den Sitzungen der Gemeinderäte und im Kreistag vor wichtigen Abstimmungen beteiligt werden.

Wir Freie Demokraten wollen erreichen, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger an den Sitzungen der Stadt- und Gemeinderäte sowie des Kreistages und deren Ausschussberatungen teilnehmen können. Daher sollten die Sitzungen dieser kommunalen Gremien nicht vor 17 Uhr beginnen. Dadurch könnte insbesondere die Möglichkeit von Berufstätigen gefördert werden, sich aktiv in der Kommunalpolitik zu engagieren und an kommunalpolitischen Sitzungen teilzunehmen.

Wir wollen die Transparenz der Sitzungen der Stadt- und Gemeinderäte sowie des Kreistages verbessern. Deshalb sollten Sitzungen in Wort und Ton von allen Bürgerinnen und Bürgern über Internetportale live (Streaming) verfolgt werden können.

Wir Freie Demokraten wollen einen unkomplizierten Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürgern weitreichende Freiräume ermöglicht für ein selbstbestimmtes Leben und einen Einsatz für die Gemeinschaft. Daher setzen wir uns für eine moderne Kommunalverwaltung ein, die offene und transparente Verfahrensabläufe, schlanke Genehmigungsverfahren und kurze Bearbeitungszeiten gewährleistet.

Bildungsort Kommune

Bildung ist für uns Freie Demokraten ein zentrales Bürgerrecht und entscheidender Schlüssel für mehr Chancengerechtigkeit. Jedes Kind hat unabhängig von seiner Herkunft das Recht auf ein bestmögliches Bildungsangebot.

Bildung umfasst neben der Wissensvermittlung auch die Erziehung zu den Werten, die unsere Gesellschaft zusammenhalten, wie Freiheit, Demokratie, Mitmenschlichkeit, Toleranz gegenüber Minderheiten und Offenheit für die Vielfalt der Gesellschaft.

Wir sprechen uns für ein vielfältiges Angebot der Kinderbetreuung und für Kindertagesstätten mit Ganztagsbetreuung auch in Ferienzeiten aus. Die FDP hat daher im Kreistag den Vorschlag unterstützt, dass die Gemeinden bei den Betriebskosten der Kindertagesstätten finanziell gefördert werden, um eine Entlastung der Eltern zu erreichen.

Wir Freie Demokraten halten verlässliche Betreuungsangebote an Grundschulen am Nachmittag für notwendig, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Aus diesem Grund hat die FDP im Kreistag zugestimmt, dass Mittel aus der Kreisschulbaukasse für Um- und Ausbauten an Grundschulen insbesondere für Mittagessenangebote zur Verfügung gestellt werden. Wir halten jedoch die Bestrebungen der Landesregierung für problematisch, alle Schulen verpflichtend in Ganztagschulen umzuwandeln.

Wir Freie Demokraten stehen seit jeher für Schulvielfalt und Wahlfreiheit anstelle der Einheitsschule. Bildungsvielfalt bedeutet für uns, dass wir jede Schulform stärken wollen und die Politik der rot-grünen Landesregierung ablehnen, die Gymnasien aus parteipolitischen Gründen massiv zu benachteiligen. Die FDP-Kreistagsfraktion hat sich daher im Kreistag dafür eingesetzt, dass die Gymnasien im Landkreis auch nach Einführung des rot-grünen Schulgesetzes weiterhin erhalten und angemessen gefördert werden.

Die FDP-Kreistagsfraktion hat das Schulsanierungsprogramm der Kreisverwaltung unterstützt, mit dem die kreiseigenen Schulen in den letzten Jahren umfassend saniert, modernisiert und erweitert wurden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Modernisierung der Schulen in den nächsten Jahren konsequent fortgesetzt und dabei auch die Sanierung kreiseigener Schulsporthallen in den Blick genommen wird.

Die FDP spricht sich für die Beibehaltung der Schulsozialarbeit auch an Grundschulen und Gesamtschulen aus. Es ist unverständlich, dass die rot-grüne Landesregierung die Finanzierung der Schulsozialarbeit bisher nicht sichergestellt hat. Die FDP-Fraktion hat daher im Kreistag gefordert, dass ein umfassendes Konzept zur Schulsozialarbeit gemeinsam mit den Schulen erarbeitet und gegenüber der Landesregierung die Kostenverpflichtung des Landes durchgesetzt wird.

Bei der Umsetzung eines inklusiven Schulsystems müssen die Bedürfnisse des einzelnen Kindes im Mittelpunkt stehen. Von zentraler Bedeutung ist dabei der Elternwille, weil die Eltern die Bedürfnisse ihres Kindes am besten kennen. Wir wollen daher, dass die Familien ein echtes Wahlrecht zwischen inklusiver Beschulung bzw. dem gemeinsamen Unterricht und der Förderschule bekommen.

Wir setzen uns für eine weitere Stärkung der Berufsbildenden Schulen und den Ausbau des Weiterbildungsangebots der Volkshochschule ein.

Integration von Flüchtlingen

Wir Freie Demokraten stehen seit jeher für Offenheit und Toleranz sowie für Freiheit und Menschenrechte weltweit ein. Menschen, die vor Krieg, Gewalt und politischer Verfolgung fliehen, müssen in Deutschland Schutz finden können.

Der Zustrom an Flüchtlingen stellt den Landkreis Lüneburg und seine Städte und Gemeinden vor große Herausforderungen, eröffnet auch aber Chancen vor Ort. Der Bund und das Land Niedersachsen sind daher aufgefordert, ihren Pflichten zur finanziellen Stärkung der kommunalen Ebene nachzukommen und die mit der Integration von Flüchtlingen entstehenden Kosten vollständig zu übernehmen. Die FDP-Kreistagsfraktion hat entsprechende Initiativen in den Kreistag eingebracht.

Ohne das überwältigende Engagement der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Landkreis Lüneburg bei der Betreuung der Flüchtlinge wäre die Bewältigung dieser Herausforderung auf kommunaler Ebene nicht möglich gewesen. Die Kommunalverwaltungen sind daher weiterhin in der Pflicht, die Ehrenamtlichen nach Kräften professionell zu unterstützen und die Arbeit der vielen privaten Initiativen zu koordinieren.

Wir streben eine Integration nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ an. Wir wollen bei der Integration von Flüchtlingen von einer „Willkommenspolitik“ zu einer „Weiterkommenspolitik“ gelangen. Von besonderer Bedeutung sind die Vermittlung der deutschen Sprache, die Integration von Kindern und Jugendlichen in das Betreuungs- und Schulsystem und der Zugang zum örtlichen Arbeitsmarkt.

Neben der Sprache sollte den Flüchtlingen von Beginn an auch die freiheitliche Werteordnung des Grundgesetzes vermittelt werden, zu der unter anderem Glaubens- und Meinungsfreiheit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Minderheitenschutz und das Gewaltmonopol des Staates gehören.

Wir setzen uns für die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen im Landkreis Lüneburg ein. Die Bereitstellung von geeigneten Wohnmöglichkeiten kann nur im Zusammenwirken

mit den Kommunen des Landkreises gelingen. Dazu muss der private und der öffentliche Wohnbau angemessen gefördert werden.

Effiziente und leistungsfähige Kommunalverwaltung

Die finanzielle Situation von Stadt und Landkreis Lüneburg ist besorgniserregend. Ziel der FDP ist es, die hohe Verschuldung von Stadt und Landkreis abzubauen und deren Haushalte aus eigener Kraft dauerhaft zu konsolidieren. Alle Leistungen, die Stadt und Landkreis erbringen, müssen ständig auf ihre Notwendigkeit und ihre Effizienz überprüft werden. Stadt und Landkreis Lüneburg unternehmen zu wenige Anstrengungen, um die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel effizienter einzusetzen. Die von der FDP geforderte Verschlinkung der Verwaltung, die sich auf die Haushaltskonsolidierung auswirken würde, ist nicht erkennbar. Nur mit einer echten Aufgabenkritik, einer Konzentration auf die Pflichtaufgaben und einer Neustrukturierung der Verwaltungsaufgaben sowie einer sparsamen Umgang mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger können langfristig Haushaltsdefizite vermieden und der Schuldenberg abgebaut werden.

Die FDP-Fraktion hat im Kreistag gefordert, die von der rot-grünen Mehrheit eingerichtete Leitstelle für Klimaschutz und das Bildungsbüro auf den Prüfstand zu stellen. Denn beide Einrichtungen haben bisher zu wenige Initiativen entwickelt, um zusätzliche Stellen und Kosten in der Kreisverwaltung zu rechtfertigen.

Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, alle Möglichkeiten des E-Governments in der Verwaltung noch konsequenter zu nutzen. Viele Verwaltungsvorgänge lassen sich durch Digitalisierung effektiver und wirtschaftlicher nutzen.

Die FDP will eine moderne Verwaltung, die schlank und effizient ist und gleichzeitig Genehmigungsverfahren und Bearbeitungszeiten verkürzt. Daher hat sich die FDP-Fraktion im Kreistag dafür eingesetzt, dass Baugenehmigungsanträge in der Kreisverwaltung durch Verbesserung der internen Abläufe schneller bearbeitet und entschieden werden.

Die rot-grüne Landesregierung ist in der Pflicht, die Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern und finanzielle Belastungen der kommunalen Ebene zu vermeiden. Daher fordern wir das Land auf, die Kosten für den Bau des Audimaxes der Leuphana-Universität (sog. Libeskind-Bau) zu begrenzen. Landkreis und Stadt dürfen über den festgelegten Kostenanteil hinaus finanziell nicht weiter belastet werden.

Die Freien Demokraten lehnen weitere finanzielle Belastungen der Bürgerinnen und Bürger, z.B. die von rot-grünen Mehrheiten vorangetriebene Erhöhung der Grundsteuer B oder die Einführung neuer Abgaben, entschieden ab. Ebenso fordern wir die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen oder wiederkehrenden Beiträgen und befürworten stattdessen die Finanzierung von derartigen Ausbaumaßnahmen aus allgemeinen Steuermitteln.

Wirtschaft, Infrastruktur, Energie

Ein wichtiges Kernanliegen der Freien Demokraten ist es, die Bedingungen und Entwicklungschancen für Unternehmen in Stadt und Landkreis Lüneburg zu verbessern. Mittelstands- und technologiefreundliche Rahmenbedingungen und eine leistungsfähige Infrastruktur sind Voraussetzungen für eine funktionierende soziale Marktwirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Stadt- und Kreisverwaltung sind gefordert, sich stärker als bisher um die regionale Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu kümmern und die Möglichkeiten für Firmengründungen zu verbessern. Nach einer aktuellen Umfrage der Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg wünschen sich die Unternehmer im Landkreis mehr Verständnis der Politik für die Wirtschaft, eine bessere Servicequalität in den Verwaltungen, konkrete Entlastungen bei den Standortkosten, wie bei der Gewerbesteuer und den Stromkosten, sowie bessere Rahmenbedingungen für familienfreundliche Arbeitsmöglichkeiten, z.B. durch verbesserte Kinderbetreuung und Internetanbindung im ländlichen Raum.

Unsere Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Lüneburg sind auf eine gut ausgebaute, leistungs- und zukunftsorientierte Verkehrsinfrastruktur mit Straßen, Schienen und Radwegen angewiesen. Denn eine gute Verkehrsanbindung ist der entscheidende Standortfaktor im Wettbewerb um Arbeitsplätze und Lebensqualität vor Ort. Unser Ziel ist es, ein hohes Maß an Mobilität bei der Nutzung aller Verkehrsträger zu erreichen. Von besonderer Wichtigkeit ist die Instandhaltung von Straßen, um Werte zu erhalten und die Mobilität zu garantieren.

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Realisierung der wichtigen überregionalen Verkehrsprojekte ein, wie die Fortführung der A 39, die Ertüchtigung des Elbeseitenkanals und die Erweiterung des Schiffshebewerkes Scharnebeck .

Wir befürworten nach wie vor den Bau einer Elbbrücke, der von der rot-grünen Mehrheit im Kreistag abgelehnt wurde.

Bei der Realisierung großer Straßen- und Schienenprojekte muss zum Schutz der betroffenen Anlieger ein ausreichender Lärmschutz durchgesetzt werden, insbesondere durch aktive Lärmschutzmaßnahmen. Dazu gehört auch die Überwachung der Zugzahlen auf der Bahnstrecke durch Lüneburg, um so schnellstmöglich auf gravierende Veränderungen noch während der Planung der Trassenveränderungen (Alpha E) reagieren zu können.

Die FDP spricht sich für eine weitere Optimierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) durch verbesserte Taktzeiten und Serviceangeboten aus. Dazu gehören auch die Förderung von Bürgerbussen und des Anrufsammelmobils sowie verbesserte Mitnahmemöglichkeiten von Fahrrädern im ÖPNV.

Der Landkreis benötigt ein gut ausgebautes Radwegenetz für das gesamte Stadt- und Kreisgebiet. Daher hat sich die FDP-Fraktion im Kreistag dafür ausgesprochen, die Fördermöglichkeiten des Landes für den Ausbau des Radwegnetzes aktiv zu nutzen.

Von besonderer Bedeutung für Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürgerinnen im Landkreis ist die schnelle Verbindung aller Haushalte mit dem Internet durch einen zügigen Breitbandausbau. Die FDP-Fraktion hat die Initiative der Kreisverwaltung zum Breitbandausbau unterstützt, die ein Breitbandnetz mit einer Mindestleistung von 50 Mbit/sec. bis 2018 und eine Steigerung auf 1 Gbit/sec. bis 2030 vorsieht, auch wenn wir uns ein schnelleres und ambitionierteres Vorgehen des Kreises gewünscht hätten.

Wir Freie Demokraten fordern eine zukunftsfähige Energiepolitik, die bezahlbar, versorgungssicher und naturverträglich ist. Wir treten Fehlentwicklungen der Energiewende entschieden entgegen. Solange Wind- und Solarstrom nicht ausreichend gespeichert werden können, darf es keinen ungebremsten, kostenintensiven Ausbau der erneuerbaren Energien geben. Bei der Entscheidung über den Bau von Windkraftanlagen im Landkreis Lüneburg müssen die Interessen von Investoren, Anwohnern und die Belange von Natur und Landschaft in Einklang gebracht werden.

Die FDP-Kreistagsfraktion hat sich bei der Aufstellung des „Regionalen Raumordnungsprogramms Windenergie“, in dem Vorranggebiete für Windenergie im Kreisgebiet festgelegt wurden, zum Schutz der Anwohner und der Natur für größere Schutzabstände (Ziel: Mindestabstand 10-fache Nabenhöhe zwischen Windenergieanlage und Wohnbebauung) und gegen die Erhöhung von Anlagen auf über 200 Meter ausgesprochen. Diese Forderungen wurden von der rot-grünen Mehrheitsgruppe und der CDU im Kreistag abgelehnt.

Die FDP befürwortet ein vorbildhaftes Verhalten der Kommunalverwaltung bei Energieverbrauch und Energieeffizienz. Daher hat die FDP-Fraktion im Kreistag die Erarbeitung eines Energiekonzeptes für die Gebäude der Kreisverwaltung gefordert, mit dem der Energieverbrauch der Dienstgebäude ermittelt und Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz erarbeitet werden.

Stärkung des ländlichen Raumes

Das Land und die Natur sind wichtige Lebensgrundlagen der Menschen. Der Erhalt landwirtschaftlicher Familienbetriebe muss unser dauerhaftes Ziel sein, um neben der notwendigen qualitativen hochwertigen Lebensmittelproduktion den Erhalt der offenen Landschaft, der Sozialstruktur in den Dörfern und insgesamt der Kulturlandschaft zu sichern. Diese Leistungen der Landwirtschaft für das Allgemeinwohl müssen stärkere Beachtung und Wertschätzung erfahren. Das stärkt das Eigentum und die Betriebe in generationsübergreifender Verantwortung für Land und Umwelt.

„Stadt, Land, Datenfluss!“ Der wettbewerbsfähige Ausbau der Infrastruktur für Verkehr, Information, Bildungs- und Kultureinrichtungen wird notwendig werden, um der zunehmenden Landflucht entgegen zu wirken. Die bäuerliche Struktur erreicht eher eine nachhaltige Nutzung in sozialer und ökologischer Verantwortung als kapitalbestimmte Unternehmen. Dadurch werden die Wirtschaftskraft und der Mittelstand im ländlichen Raum gestärkt und zusätzlich bleibt den Menschen eine naturbestimmte, von Menschen gepflegte Landschaft für Erholung und Freizeit erhalten.

Siedlungsentwicklung und Umweltschutz

Der Landkreis Lüneburg ist geprägt durch seine Naturlandschaften sowie durch landwirtschaftlich genutzte Flächen und Wohnen und Arbeiten in den Städten und Gemeinden. Für uns Freie Demokraten sind der Erhalt dieses Landschaftsbildes und die Bewahrung der Kulturlandschaft ein wichtiges Anliegen. Wir setzen uns für ein ausgewogenes Verhältnis von wirtschaftlicher Entwicklung der Region und dem Schutz von Landschaft und Natur ein.

Die FDP spricht sich für die Neuaufstellung des Landschaftsrahmenplanes im Landkreis Lüneburg aus. In diesem Plan sollte planerisch festgelegt werden, wie die besondere Vielfalt von Natur und Landschaft erhalten werden kann. Gleichzeitig muss die Entwicklung von Wohn- und Gewerbeentwicklung, landwirtschaftliche Nutzung sowie Sport und Tourismus weiter möglich sein. Wir verfolgen das Ziel, die weitere Zersiedelung der Landschaft zu verhindern und unzerschnittene Räume für die Naherholung im Landkreis zu erhalten. Dies gilt insbesondere für die Entwicklung der Stadt Lüneburg und die angrenzenden Gemeinden, die sich in den letzten Jahren räumlich erheblich ausgedehnt haben.

Wir Freie Demokraten setzen uns für den Schutz der Gewässer im Landkreis Lüneburg, insbesondere von Ilmenau und Elbe, und einen wirksamen Hochwasserschutz ein. Dazu gehört unter auch der Rückschnitt des Aufwuchses zwischen den Deichen an der Elbe bei Hochwasserereignissen.

Gesundheit und Soziales

Für die Freien Demokraten muss die medizinische Regel- und Notfallversorgung im Landkreis Lüneburg für alle Bürgerinnen und Bürger sichergestellt und schnell erreichbar sein. Entscheidend sind dabei die Vielfalt und eine hohe Qualität des Angebotes. Wir bekennen uns daher zum Klinikum und den verschiedenen Kliniken in Lüneburg und setzen uns eine verbesserte Verzahnung zwischen ambulanten, stationären und pflegerischen

Angeboten ein. Zudem halten wir eine flächendeckende Haus- und Facharztversorgung im Kreisgebiet für erforderlich.

Aufgrund des demografischen Wandels und der Entwicklung zu einer Gesellschaft des längeren Lebens muss die Politik dem Wunsch vieler Menschen Rechnung tragen, auch im Alter selbstbestimmt handeln zu wollen und sich selbständig im öffentlichen und privaten Raum bewegen zu können. Daher spricht sich die FDP für altersgerechtes Wohnen und Mehrgenerationenwohnen im Landkreis Lüneburg aus. Wir haben im Kreistag die Förderung des Senioren- und Pflegestützpunktes unterstützt, damit eine zentrale Stelle zur Beratung in allen Fragen des altersgerechten Lebens angeboten wird. Zudem begrüßen wir das Angebot verschiedener Träger für stationäre, teilstationäre und ambulante Pflege im Kreisgebiet und befürworten einen fairen Wettbewerb zwischen den Trägern.

Die FDP setzt sich für die Rechte und die Teilhabe behinderter Menschen im Alltagsleben und für Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen in Stadt- und Landkreis Lüneburg ein.

In den Städten und Gemeinden im Landkreis Lüneburg ist mehr Wohnraum insbesondere für Menschen mit geringerem Einkommen notwendig. Die große Anzahl an Flüchtlingen verschärft diese Situation erheblich. Daher ist die Schaffung von zusätzlichen Wohnungen aufgrund der hohen Nachfrage geboten. Der Landkreis hat die Aufgabe, im Zusammenwirken mit den Kommunen und allen öffentlichen und privaten Akteuren des Wohnungsmarktes koordinierend tätig zu werden. Dabei sind Bund und Land gefordert, zusätzlich Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Zudem müssen die Rahmenbedingungen für private Investitionen erheblich verbessert werden, z.B. durch steuerliche Erleichterungen und die Reduzierung von kostentreibenden baurechtlichen Vorschriften.

Ein weiterer Eckpfeiler der sozialen und gesellschaftlichen Infrastruktur in Stadt und Landkreis Lüneburg sind die Bereiche des Brand- und Katastrophenschutzes, der technischen Hilfeleistungen und der rettungsdienstlichen Hilfe. Die Bewältigung dieser Aufgaben und die Bereitschaft, zum Wohle und für die Sicherheit der Bevölkerung ehrenamtlich tätig zu sein, sind für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Die ehrenamtlichen Helfer opfern vielfach ihre Freizeit, um an Einsätzen und Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen zu können. Diese Bereitschaft muss aus Sicht der FDP weiter erhalten und gefördert werden. Zudem ist es notwendig, die Arbeit der Kreisfeuerwehr konkret zu unterstützen und zu finanzieren.

Förderung von Sport und Ehrenamt

Die sportlichen Angebote und die Mitwirkungsmöglichkeiten in Vereinen und Einrichtungen sind für die Lebensqualität und Teilhabechancen in Stadt und Landkreis Lüneburg von entscheidender Bedeutung. Unsere Vereine leisten einen wesentlichen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt, zur Jugendförderung, zur Integration und zur Gesunderhaltung. Die FDP hält dieses ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement in Stadt und Landkreis

Lüneburg für unverzichtbar. Aus diesem Grund muss das Ehrenamt in den Vereinen und Verbänden im Kreisgebiet, sei es im sozialen oder sportlichen Bereich, weiter gefördert werden.

Wir Freie Demokraten unterstützen die Sport- und Vereinsförderung im Landkreis Lüneburg, um die Leistungsfähigkeit unserer Vereine zu erhalten, z.B. durch die Förderung von Bau- und Investitionsmaßnahmen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass Sportvereine im Landkreis Lüneburg keine Benutzungsgebühren für die kommunalen Sportstätten zahlen müssen.

Für die Stadt Lüneburg wollen wir die Erarbeitung eines Sportentwicklungsplans durch ein unabhängiges Institut auf den Weg bringen. Politische Entscheidungen mit weitreichenden finanziellen Folgen müssen auf der Grundlage von Daten und Fakten getroffen werden.

Die FDP unterstützt die Erweiterung der Sporthallenkapazität in Lüneburg durch den Bau einer neuen Zweifeld-Halle bei den Berufsbildenden Schulen. Wir sprechen uns zudem für ein wettkampfgerechte Sport- und Veranstaltungshalle im Landkreis Lüneburg aus und haben den Beginn eines entsprechenden Planungsprojekts durch die Kreisverwaltung im Kreistag befürwortet.

Kultur

Die Kultur in Stadt und Landkreis Lüneburg leistet einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität vor Ort und stellt einen wichtigen Standortfaktor dar. Die FDP setzt sich dafür ein, das kulturelle Angebot zu fördern und auch in finanziell schwierigen Zeiten zu bewahren und weiterzuentwickeln. Dazu gehört die Unterstützung der verschiedenen Museen sowie der ehrenamtlichen kulturellen Vereine und Initiativen in den Städten und Gemeinden des Landkreises. Es gehört zu den Aufgaben der kommunalen Kulturpolitik, die zahlreichen kulturellen Angebote und Initiativen zu fördern sowie noch besser zu vernetzen und bekannt zu machen. Dabei sollte eine Zersplitterung des Angebots verhindert und die Möglichkeit einer stärkeren Kooperation geprüft werden.

Wir Freie Demokraten betonen die besondere Bedeutung des Theaters Lüneburg für die regionale Kulturlandschaft und stehen zur Finanzierung des Theaters durch Landkreis und Kommunen. Die FDP hält eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und eine angemessene Unterstützung des Landes Niedersachsen für notwendig. Das Land Niedersachsen muss das Theater Lüneburg stärker als bisher finanziell unterstützen und das ungerechte System der Theaterförderung auf Landesebene beenden. Während die Landestheater in Hannover und Oldenburg weitreichend vom Land gefördert werden, erhält das Theater Lüneburg trotz hoher Qualität und Akzeptanz in der Region eine deutliche geringere Landesförderung.